

Regionalbund

standpunkt

DER WIRTSCHAFT

AZA 4410 Liestal

Standpunkt-Ausgabe Nr. 284 – 13. Jahrgang

EDITORIAL



Hans Rudolf Gysin
Nationalrat, Direktor,
Wirtschaftskammer
Baselland

Berechtigtes Selbstbewusstsein pflegen

Nein, die Schweiz ist nicht ohne Fehl und Tadel. Vieles bedarf der Verbesserung. Nüchtere Kritik an den Unzulänglichkeiten darf, ja muss sein. Ich werde jedoch den Eindruck nicht los, dass es einzelne politische Strömungen geradezu zu ihrem Programm gemacht haben, unserem Land und seiner Bevölkerung beizubringen, das gesamte demokratische Staatsmodell Schweiz sei ein Auslaufmodell. Neuerdings wird es sogar als «Diktatur der Mehrheit über die Minderheit» verunglimpft.

Zugegeben: Wir Schweizerinnen und Schweizer haben etwas den Hang, gerade die weniger guten Seiten unseres Landes allzu schwarz bzw. grau zu bewerten und uns dann sogar ins «Büssergewand» zu stürzen. Dass diese Innensicht jedoch bei weitem nicht der Aussensicht standhält, zeigen die Gedanken zum Nationalfeiertag auf dieser Seite: Die Schweiz und ihr demokratisch-föderalistisches Staatssystem, ihre Wirtschaft, ihre soziale Stabilität usw. dürfen mit berechtigter «Unbescheidenheit» – aber gerade auch unter Berücksichtigung der jüngeren finanzwirtschaftlichen Turbulenzen – als Erfolgssystem bezeichnet werden, das in vielerlei Hinsicht auch Vorbildcharakter hat.

Das heisst nicht, dass wir uns auf diesen Lorbeeren ausruhen sollen. Gerade unser Land muss sich weiterentwickeln, muss negative Entwicklungstendenzen bekämpfen und bessere Lösungen in Angriff nehmen. Wir dürfen dies aber in berechtigtem Selbstbewusstsein tun – in der Überzeugung, dass wir den Willen, die Fähigkeiten und die Kraft zu diesen Veränderungen haben. Ich freue mich, wenn diese Erkenntnis am kommenden 1. August gestärkt wird – allen «professionellen» Schwarzmalern zum Trotz.

HEUTE IN DER

Gewerbezeitung

ENERGIE 6

Die LED-Technologie macht enorme Fortschritte und spart viel Strom.

DISKUSSION 10-11

Soll der Staat künftig auch als Ernährungsberater aktiv sein?

SOZIALWERKE 12

sgv-Präsident Bruno Zuppiger über die Irrwege der Politik.

1. AUGUST – Gedanken zum Nationalfeiertag 2010.

Schweiz: ein Auslaufmodell?

«Völlig daneben»: So etwa lautete der säuerliche Kommentar einer SP-Nationalrätin, als Nationalratspräsident **Max Binder** Anfang Dezember 2003 die neue Legislatur 2003–2007 mit der ersten Strophe unserer Landeshymne feierlich eröffnete. Im linken politischen Lager witterte man damit bereits unbotmässige «nationalistische» Strömungen, wozu in der Schweiz angesichts der – immer wieder stur behaupteten – «Schieflage» nicht der geringste Anlass bestehe. Offenbar hat besagte Nationalrätin aber noch nie den Text des Schweizer Psalms gelesen. Von Nationalismus oder überzogenem Patriotismus – wie etwa bei der «Marseillaise» – kann auch bei «bösem Willen» nicht die Rede sein. Der Schweizer Psalm ist ein Gebet.

Nur noch im Sport toleriert?

Die fragwürdige Skepsis gegenüber unserer Landeshymne bei etlichen Ratsmitgliedern unter der Bundeshauskuppel mutet doch etwas seltsam an – erst recht angesichts der Gepflogenheiten in anderen Ländern, wo die jeweiligen Hymnen bei jeder nur denkbaren Gelegenheit als Ausdruck des Stolzes auf die eigene Nation zelebriert werden. Und die notorische Skepsis erstaunt erst recht, wenn andererseits bei Sportveranstaltungen – wie etwa an den Olympischen Spielen – auch Schweizer mehr oder weniger heimlich ein Tränchen verdrücken, wenn die Schweizer Flagge bei der Siegerehrung als erste aufgezogen wird.

Nach Sack und Asche schielen?

Kein nüchterner Zeitgenosse wird behaupten, dass in unserem Land

alles zum Besten bestellt ist. Die jüngere Vergangenheit in der Schweizer Innen- und Aussenpolitik hat offenbar auch nicht dazu beigetragen, besondere Stolzgefühle für das eigene Land zu nähren – dies vor allem, wenn die beinahe täglichen Unkenrufe in den Schweizer Tagesmedien als Massstab für die Befindlichkeit unseres Landes genommen werden. Familie Schweizer zieht denn auch zunehmend in Erwägung, sich nach Sack und Asche umzusehen. Auch nur ein Funken Nationalstolz – zum Beispiel Stolz auf das Erreichte – scheint völlig daneben.

Ist unser Land tatsächlich ein «Auslaufmodell», wie einige politische Strömungen uns immer wieder weismachen wollen?

Stabile Wirtschaft

Nach der Finanzmarktkrise von Ende 2008 brach in praktisch allen europäischen Ländern inkl. USA wilder Aktionismus punkto Stützung der Konjunktur aus. Die grossen Wirtschaftsnationen – auch in der Schweizer Nachbarschaft – verschuldeten sich mit immensen Milliardenbeträgen. Die langfristigen Folgen sind noch nicht annähernd absehbar.

Und die kleine Schweiz? Sie hat es trotz ebensolcher Konjunkturstützungsmaßnahmen – allerdings in vergleichsweise moderatem Rahmen und insbesondere in nachhaltige Programme – dennoch fertiggebracht, die Staatsverschuldung in verantwortbarem Grenzen zu halten, ja sogar den Schuldenberg abzubauen. Die gesetzlich verankerte «Schuldenbremse» einerseits und die volkswirt-



Eiszeit für die Schweiz – oder doch trotziges Standhalten bei kaltem Gegenwind, welcher der Schweiz hauptsächlich aus dem eigenen Land entgegenbläst?

schaftlich guten Erträge dank nach wie vor gefragter Schweizer Qualität bei Produkten und Dienstleistungen andererseits halten unsere Wirtschaft und damit die Staatseinnahmen auf erstaunlich hohem Niveau – trotz hartem Schweizer Franken. Diese wirtschaftliche Stabilität gehört seit Jahrzehnten zu einem der Markenzeichen unseres Landes. Ein Auslaufmodell?

Kürzlich publizierte die «Weltwoche» zum Ansehen der Schweiz eine repräsentative Umfrage, die sie in den benachbarten ausländischen Regionen in Deutschland, Österreich, Italien und Frankreich durchführen liess. Resultat: Über die Hälfte der befragten Nachbarn würde einen Beitritt ihrer Region zur Schweiz be-

FORTSETZUNG NÄCHSTE SEITE

GROSSTANKLAGER – Baselland übernimmt koordinierte Standards.

Mehr Sicherheit dank Kooperation

Die strengen Umweltauflagen für Grosstanklager werden in Baselland in enger Kooperation mit der Branche umgesetzt. Das Amt für Umweltschutz und Energie schliesst sich zu diesem Zweck einer Kooperationsvereinbarung an, die bisher von sieben Kantonen unterzeichnet worden ist. Mit der Kooperationslösung wird ein gesamtschweizerisch einheitlicher Vollzug in einem komplexen Bereich angestrebt. Dieser Kooperation sind die rund 260 Gross-Stehltanks im Gebiet der Schweizerische Rheinhäfen an den Standorten Birsfelden und Muttenz-Au unterstellt, wo mehr als 900 Millionen Liter Benzin, Diesel- und Heizöl sowie Flugpetrol lagern. Grosstanklager haben ein beträchtliches Gefährdungspotenzial. Es gel-



Tankanlagen verlangen ein strenges, koordiniertes Sicherheitskonzept.

ten deshalb strenge Sicherheitsanforderungen. Aufgrund der komplexen Aufgaben und der hohen technischen Anforderungen haben die kantonalen Stellen beim Vollzug

stets eng mit der Branche zusammengearbeitet. Der bisherige hohe Sicherheitsstandard wird nun mit der Kooperationsvereinbarung weitergeführt und gefestigt.

Eigenverantwortung funktioniert

Partner der Kantone ist die Branche, vertreten durch die Erdöl-Vereinigung und die Carburas (Schweizerische Zentralstelle für die Einfuhr flüssiger Treib- und Brennstoffe). Die Vereinbarung verpflichtet die Branche zur konsequenten Wahrnehmung der Eigenverantwortung bei den Grosstankanlagen. Zu diesem Zweck beauftragt die Branche eine Fachstelle (ECO SWISS, Die Umweltschutzorganisation der Schweizer Wirtschaft) damit, den Zustand der Anlagen systematisch zu über-

prüfen und wo nötig Massnahmen einzuleiten. Ein gemeinsames Gremium erarbeitet – gestützt auf das Gesetz – die Vorgaben, wie diese Kontrollen vorzunehmen sind und welches der gültige Stand der Technik ist.

Behörden kontrollieren

Der Kanton Basel-Landschaft unterstellt nun den umfangreichen Bereich des Vollzugs des Gewässerschutzes der Vereinbarung. Die Bereiche Luftreinhaltung und Störfallvorsorge werden weiterhin direkt vom Kanton vollzogen. Die Umsetzung der Kooperationsvereinbarung wird durch die Vertreter der Branche und der Kantone gemeinsam überwacht. Die Behörden übernehmen das Controlling der Vereinbarung und werden dazu Stichprobenkontrollen durchführen. Ebenso werden die Kantone auch künftig allfällig erforderliche Verfügungen erlassen und durchsetzen.

(Quelle BUD)



Ist es nicht erstaunlich, dass die Schweiz in unseren Nachbarländern deutlich positiver beurteilt wird als in der Schweiz selbst? Bild: Werbelokomotive der Österreichischen Bundesbahnen ÖBB. BILD JOSEF SAURWEIN

SCHWEIZ – Erfolgsmodell mit Vorbildfunktion. Mit Zuversicht in die Zukunft

FORTSETZUNG VON SEITE 1

grüssen. Zwei Drittel der Bevölkerung in der badischen Nachbarschaft finden die Schweiz im Vergleich zu ihrem Land attraktiver. Zwei Drittel aller Befragten beurteilen die steuerliche und wirtschaftliche Situation der Schweiz als besser und gut drei Viertel würden es begrüssen, wenn in ihrem Land die direktdemokratischen Instrumente der Schweiz eingeführt würden. Ein Auslaufmodell?

Weltweites Ansehen

Dieses gute Image der Schweiz besteht jedoch auch weltweit. In seiner

«standpunkt»-Kolumne vom 16. Juli hat Bundeshaus-Redaktor Peter Amstutz die Studie «Swissness Worldwide 2010» der HSG St.-Gallen vorgestellt: Eine Befragung von 16'000 Personen in 56 Ländern zum internationalen Ansehen der Schweiz habe ergeben: «Die Erzeugnisse keines anderen Vergleichslandes werden derart positiv wahrgenommen. «Swiss made» gilt nach wie vor als besonders zuverlässig, hochwertig und luxuriös.» Ein Auslaufmodell?

Zukunft im «Auslaufmodell»

Dieses «Auslaufmodell» bewegt ausserdem seit geraumer Zeit vor allem

hochqualifizierte Fachkräfte aus benachbarten Ländern, ihr berufliches – und wohl auch ihr privates – Glück in der Schweiz zu suchen. Und mit Genugtuung darf man zur Kenntnis nehmen, dass in unseren Nachbarländern – wie jüngst in Bayern und Hamburg – mit zunehmender Tendenz das direktdemokratische Modell praktiziert und die Bevölkerung zu grundlegenden Themen an die Abstimmungsurne gerufen wird. Dies mit dem Hinweis auf die bewährte Praxis in der Schweiz ...

Meist ganz oben in der Rangliste

Die Liste der Vorzüge der Schweiz – auch beispielsweise punkto Steuerbelastung, Kaufkraft, allgemeinen Wohlstands, sozialen Netzwerks, Bildung und dabei vor allem dualen Berufsbildungssystem, Ökologie, medizinischer Versorgung usw. –

liesse sich noch deutlich verlängern. Und diese Liste würde unter dem Strich ergeben, dass sich unser Land im internationalen Vergleich in den meisten Fällen ganz oben in der Rangliste ansiedelt. Unser Land kann mit dieser Position ganz sicher nicht als «Auslaufmodell» bewertet werden, auch wenn dies einzelne politische Strömungen und in deren Kielwasser leider auch viele Medien mehr oder weniger gezielt weismachen wollen.

Das Problem liegt bei uns selbst

Peter Amstutz bringt das Grundproblem der aktuellen Stimmung in der Schweiz in seiner Kolumne vom 16. Juli auf den Punkt: «Der Goodwill gegenüber der Schweiz müsste eigentlich auch auf die Wahrnehmung des Landes durch die eigene Bevölkerung zurückwirken. Doch davon ist nichts zu spüren.» Und Amstutz ist überzeugt: «Die unablässige «Bewirtschaftung» nahezu sämtlicher Themen, die möglichst viel Stunk und Krach versprechen, gehört leider zur Haupttätigkeit der allermeisten einheimischen Medien, die das erst noch für Politik halten.»

Anstelle der durchs Jahr hindurch zu oft geforderten «Sack-und-Asche-Prozessionen» zum Wert der Schweiz ist zu hoffen, dass der bevorstehende Nationalfeiertag gerade in diesem Jahr Anlass wird, auch jene Aspekte zu würdigen, die den sonst so verpönten Funken Stolz auf die Schweiz und das von ihr Erreichte zum Thema haben – nicht in überzogenem Hurra-Patriotismus, sondern mit einer gesunden Portion Selbstbewusstsein und Zuversicht punkto Zukunft unseres Landes.

Urs Berger, Landrat

AKTUELL

BUNDESGERICHT – Entschädigung für Feiertage.

Kein Anspruch bei Stundenlohn, aber ...

Sofern der Arbeitsvertrag nichts anderes festlegt, haben Angestellte im Stundenlohn keinen Anspruch auf eine Entschädigung der Feiertage. Eine Ausnahme gilt laut Bundesgericht nur für den 1. August und auch das nur, wenn er auf einen Werktag fällt.

Ausnahme: 1. August an einem Werktag

Die Richter in Lausanne verweisen darauf, dass im Bundesrecht nur der 1. August als Feiertag definiert wird. Für den Nationalfeiertag bestehe deshalb auch bei Arbeitnehmern im Stundenlohn eine Lohnzahlungspflicht. Allerdings nur dann, wenn der 1. August auf einen Werktag falle.

Laut Bundesgericht räumt das Arbeitsgesetz den Kantonen zwar das Recht ein, zusätzliche acht Feiertage dem Sonntag gleichzustellen. Ein Entschädigungsanspruch bestehe für diese Tage von Gesetzes wegen aber nicht. Vielmehr sei die Frage in Gesamtarbeitsverträgen oder im Vertrag des einzelnen Angestellten zu regeln.

Ein Anspruch auf Abgeltung der von den Kantonen definierten Feiertage ergibt sich laut Bundesgericht auch nicht aus internationalen Vereinbarungen. Es widerspricht mit dieser Auffassung der Genfer Justiz, die ein solches Recht aus dem UNO-Pakt I ableiten wollte.

(Urteil 4A_54/2010 vom 4.5.2010; BGE-Publikation) SDA.



1.-AUGUSTFEUER – Luftreinhalte-Vorschriften beachten.

Nur mit Naturholz feuern

Am kommenden Wochenende werden vielerorts 1.-Augustfeuer lodern. Damit die Brauchumsfeuer nicht zu Dreckschleudern werden, ruft die Bau- und Umweltschutzdirektion in Erinnerung: nur naturbelassenes Holz ist erlaubt.

In vielen Gemeinden des Baselsbiets haben Feuer anlässlich der 1. Augustfeier eine lange Tradition und erfreuen sich grosser Beliebtheit. Das soll auch so bleiben, denn mit der Beachtung einfacher Regeln lassen sich bei diesen traditionellen Anlässen auch unnötige Umweltbelastungen vermeiden.

Für 1.-Augustfeuer darf nur naturbelassenes, trockenes Holz verwendet werden. Das Verbrennen von Paletten, Brettern, Balken, Kisten oder auch von Holzabfällen aus Schreinereien und Sägereien ist verboten. In einem entsprechenden Schreiben hat das Lufthygieneamt beider Basel die Gemeinden gebeten, diese klaren Bestimmungen unbedingt zu beachten. Denn: Das Verbrennen von Altholz oder anderen Abfällen setzt verschiedene Giftstoffe (insbesondere Schwermetalle und Dioxine) frei, welche sich in der näheren Umgebung wieder absetzen und so unseren Lebensraum und die Nahrungskette direkt belasten. Deshalb verbietet das Umweltrecht die Verbrennung von derartigen Holzabfällen. BUD BL

EXPORTCHANCEN – Experten-Know-how, persönliche Kontakte, Geschäftsmöglichkeiten im «Forum Mittelosteuropa» am 1. September 2010 im World Trade Center Zürich.

Neue Exportchancen für KMU – vor der Haustüre

«Mit dem früheren «Ostblock» sind die heutigen mittelosteuropäischen Länder Bulgarien, Polen, Rumänien, Slowakei, Tschechien und Ungarn nicht mehr zu vergleichen. Sie bieten gerade dadurch, dass sie die grossen Transformationsprozesse bereits durchlaufen haben, ein riesiges Potenzial für neue Märkte – sozusagen vor der Haustür. Die Aussichten – nicht zuletzt für Automotive, Cleantech und den Energiesektor – sind verlockend. Jedes dieser dynamischen Länder birgt individuelle Geschäftschancen, aber auch Besonderheiten, die es zu berücksichtigen gilt: etwa die konjunkturellen Trends, rechtliche Fragen und kulturelle Eigenheiten.» So fasst Daniel Küng, CEO Osec, die Marktchancen in Mittelosteuropa zusammen.

Um sich mit diesem interessanten Marktpotenzial näher vertraut zu machen, veranstaltet OSEC, Business Network Switzerland, insbesondere für exportorientierte KMU am 1. September 2010 das «Forum Mittelosteuropa».

Enorme Möglichkeit für Geschäftsideen

Hochkarätige Referenten aus den einzelnen Ländern und Schweizer KMU-Vertreter mit ihren reichen Erfahrungen bieten an diesem Tag einen tiefen Einblick in diese Länder und deren Märkte. Referate, «Lessons learned» aus erster Hand, Podiumsdiskussionen sowie ausgiebige

Gelegenheiten zum Netzwerken machen diesen Tag zu einer wahren Know-how-Fundgrube. Daniel Küng: «Lassen Sie sich begeistern von dieser vielfach unterschätzten Region und lernen Sie die enormen Möglichkeiten für Ihre Geschäftsideen kennen!»

«FORUM MITTELOSTEUROPA» 1. SEPTEMBER 2010, 9 UHR BIS CA. 18 UHR, WORLD TRADE CENTER, ZÜRICH

Die Osec organisiert das Forum Mittelosteuropa, um für Schweizer und Liechtensteinische KMU die neuen Perspektiven in den Ländern Mittelosteuropas aufzuzeigen. Die Märkte in Mittelosteuropa (Bulgarien, Polen, Rumänien, Slowakei, Tschechien, Ungarn) entwickeln sich rasch und werden zunehmend an Dynamik gewinnen. Daraus entwickeln sich für KMU neue Chancen. Die mittelosteuropäischen Länder sind jedoch für viele Schweizer Unternehmen weitgehend unbekannt.

Attraktive Themenschwerpunkte

Das Forum Mittelosteuropa will den interessierten Schweizer KMU diese Region wirtschaftlich, politisch, rechtlich und kulturell näherbringen.



Die Themen-Schwerpunkte sind:

- Automotive Industrie
- Cleantech
- Energie
- Volkswirtschaften im Vergleich

Rasche Anmeldung empfohlen

Es wird empfohlen, sich heute noch für dieses spannende Forum anzumelden und damit die Gelegenheit zu nutzen – neben weiteren führenden Persönlichkeiten aus dem Gebiet Wirtschaft und Politik Mittelosteuropa – hochkarätige Kenner der Wirtschaft in Mittelosteuropa zu treffen:

- Dipl. Ing. Peter J. Kalas, Ex-Umweltminister und Berater des Premierministers, Tschechische Republik

- Solange Olszewska, Vorstandsvorsitzende der Solaris Bus & Coach S.A.

- Dr.-Ing. h. c. Andreas Tostmann, Vorstandsvorsitzender Volkswagen Slovakia



Detaillierte Informationen zum Forum und Anmeldeöglichkeit:

LINK
www.osec.ch/forum_moe

IMPRESSUM

Herausgeber/Verlag:
Schweizerischer Gewerbeverband sgv, Schwarztörstrasse 26, Postfach, 3001 Bern, Tel. 031 380 14 14 – verlag@sgv-usam.ch
Redaktion sgz: Schwarztörstrasse 26, 3007 Bern, Tel. 031 380 14 14 – redaktion@sgv-usam.ch

Regionalbund «Standpunkt»
Herausgeber: Wirtschaftskammer Baselland
■ Arbeitgeber Baselland ■ Unabhängiges Podium für eine liberale Wirtschaft und Gesellschaft
Haus der Wirtschaft, Altmarktstrasse 96, 4410 Liestal

Tel. 061 927 64 64, Fax 061 927 65 50
Internet: www.kmu.org
e-mail: standpunkt@kmu.org
Verantwortung: Hans Rudolf Gysin, Direktor
Redaktion/Umbruch: Edi Borer (ebo.)
Produktion: IWF, Postfach 633, 4410 Liestal

Abonnement im Mitgliederbeitrag inbegriffen
Adressänderungen:
Bitte an Wirtschaftskammer Baselland
e-mail: standpunkt@kmu.org
Abdruck von «standpunkt»-Textbeiträgen mit vollständiger Quellenangabe ist erlaubt.

WIRTSCHAFT REGION

KONJUNKTUR – Konkurse und Neugründungen im 1. Semester 2010.

Dynamische Nordwestschweiz

In der Schweiz sind im ersten Halbjahr 3068 im Handelsregister eingetragene Firmen Konkurs gegangen. Das sind 27 Prozent mehr als in der Vorjahresperiode, wie die Wirtschaftsauskunftei Dun&Bradstreet (D&B) Mitte Juli mitgeteilt hat.

2230 Firmenkonkurse sind auf Insolvenz zurückzuführen. Zu Buche geschlagen hat auch eine Änderung des Obligationenrechts. Regional ist der grösste prozentuale Zuwachs in der Ostschweiz zu verzeichnen. Dort stiegen die Konkurse gegenüber der Vergleichsperiode um 57 Prozent auf 438 Fälle an.

Auf der anderen Seite wurden 18'748 Firmen neu ins Handelsregister eingetragen. Dies sind 9 Prozent mehr als in der Vorjahresperiode. Den regional grössten Zuwachs gab es in der Nordwestschweiz (+ 15 Prozent) und in der Zentralschweiz (+ 13 Prozent). Im Verhältnis zum Bestand an Firmen gab es die meisten Neugründungen im steuergünstigen Kanton Obwalden.

SDA

GEWERBE-/INDUSTRIEVEREINE

KGIV-Agenda 2010

In diesem Jahr sind von der Konferenz der Gewerbe- und Industrievereine sowie von den einzelnen Vereinen (GIV) folgende Anlässe geplant:

Das Baselbieter Energiepaket ...

Die Einladungen zu den folgenden Anlässen zum Energiepaket wurden bereits verschickt. Eine Anmeldung ist erforderlich.

... zu Besuch in Pratteln

Dienstag, 17. August 2010, ab 18.45 Uhr
In Zusammenarbeit mit den Gewerbevereinen Pratteln, Muttenz, Birsfelden und Münchenstein; im KUDSPO Pratteln.

... zu Besuch in Allschwil

Mittwoch, 18. August 2010, ab 18.45 Uhr
In Zusammenarbeit mit den Gewerbevereinen Allschwil, Arlesheim, Oberwil/Biel-Benken, Binningen/Bottmingen und Ettingen; im Alterszentrum am Bachgraben, Allschwil.

... zu Besuch in Frenkendorf

Dienstag, 24. August 2010, ab 18.45 Uhr
In Zusammenarbeit mit den Gewerbevereinen Frenkendorf/Füllinsdorf, Liestal und Lausen; im Restaurant zum Wilden Mann, Schulstrasse 1, Frenkendorf.

Reinach bewegt – Stadtfest 2010

Freitag, 27. August, bis Sonntag, 29. August
Organisiert von kmu Reinach und Musikgesellschaft Konkordia; im Stadtkern Reinach.

... zu Besuch in Reigoldswil

Donnerstag, 2. Sept. 2010, ab 18.45 Uhr
In Zusammenarbeit mit den Gewerbevereinen Reigoldswil, Bubendorf, Gelterkinden, Homburger-/Diegtertal, Sissach und Waldenburgertal; in der Turnhalle Schulhaus Reigoldswil, Paul-Suter-Weg.

... zu Besuch in Reinach

Donnerstag, 9. Sept. 2010, ab 18.45 Uhr
In Zusammenarbeit mit den Gewerbevereinen Reinach, Aesch und Laufental; im Gemeindezentrum Reinach (Gemeindesaal), Hauptstrasse 10.

GABB10 – Gewerbeausstellung Binningen/Bottmingen

Freitag, 24. September, bis Sonntag, 26. September, in Binningen. Motto: «Energie, Ökologie und Umwelt».

gwärb'10 – Gewerbeschau Liestal

Freitag, 1. Oktober, bis Sonntag, 3. Oktober, in Liestal.

3. Sitzung KGIV

Donnerstag, 28. Oktober
Das Gewerbe in der Gemeindepolitik: Herausforderungen durch die Lokalpolitik. Mit anschliessendem Apéro oder Essen.
Ort: Keramik Laufen.

POLITKOLUMNE

Wem Gott ein Amt gibt ...

Wem Gott ein Amt gibt, dem gibt er auch Verstand, tröstet (sich) der Volksmund, wenn Gewählte den Graben zwischen Amtsanforderungen und Fähigkeiten selbst mit einem Riesenspagat nicht zu überbrücken vermögen. Seit Gründung des Bundesstaates von 1848 war Gott bisher 112-mal gefordert, bei Bundesratswahlen eine allenfalls nötige Nachlieferung von Sachverstand auszulösen. Von den noch 24 lebenden Damen und Herren der Exekutive befinden sich gegenwärtig 7 im Amt und 17 im Ruhestand.

Von den Bundesratsrentnern soll hier die Rede sein. Denn Ende Juni 2010 riefen sich drei von ihnen auf wirklich «einmalige» Art in Erinnerung: Sie forderten angesichts medial bis zum Überdross zelebrierter Zerwürfnisse unter amtierenden Bundesratsmitgliedern öffentlich Köpfe und Rücktritte. Die FDP-Zürcherin Elisabeth Kopp (Amtszeit: 1984–89), bekannt geworden als erste gewählte Frau und als erste aus dem Gremium vertriebene Magistratin, liess sich zitieren: «Wir müssen nicht das System ändern, sondern Personen austauschen.» Der FDP-Zürcher Rudolf Friedrich (1982–84), mit 87 Jahren heute der Methusalem unter den Landesgrossvätern, der selber keine zwei Jahre in Bern durchhielt, zweifelt auch an den Köpfen der Nachfolger: «Mit den jetzigen Bundesräten wird das nicht gut kommen.» Und der 83-jährige SP-Solothurner Otto Stich (1983–95) legte medienfreudig wie immer nach: «Es ist Zeit für Erneuerungen, es braucht einen Wechsel.»

Als die amtierenden Bundesratsmitglieder am 25. Juni 2010 ihre Amtsvorgänger zum Kollegen-



Peter Amstutz ist akkreditierter Bundeshausredaktor. Er war lange Jahre Leiter der Bundeshausredaktion der BaZ.

Der Autor vertritt in dieser Kolumne seine persönliche Meinung.

essen nach Bern einladen, kamen bloss acht Senioren. Kopp, Friedrich und Stich liessen die günstige Gelegenheit ungenutzt, den so unglaublich Unfähigen persönlich die Leviten zu lesen oder ihnen wenigstens ein paar kollegiale Besserungshinweise zu geben. Dabei hätten sich die ehemaligen und heutigen Exekutivleute allerhand zu sagen. Zum Beispiel, dass es «Krach im Bundesrat» und persönliche Unverträglichkeiten schon immer gab und wohl auch weiter geben wird.

Beispiele: Kurt Furgler liess Willi Ritschard gerne seine Verachtung spüren; Otto Stich quälte Adolf

Ogi bis aufs Blut; Pascal Couchepin reagierte seine miesen Launen an Christoph Blocher ab. Und so weiter, und so fort. Der Unterschied zu heute: Kein Mensch kam auf die absurde Idee, das sei eine Staatskrise. Die verbleibenden Bundesräte seufzten höchstens erleichtert auf, wenn wieder so ein Querschläger endlich seinen Rücktritt einreichte.

Wegen Verwerfungen im Bundesrat das Dauertraktandum «Regierungsreform» zum Dringlichkeitsgeschäft zu erklären, ist natürlich Unsinn. Weder die Zahl der Bundesratsmitglieder oder Staatssekretäre noch die Dauer des Bundespräsidiums haben etwas zu tun mit der inneren Harmonie des Gremiums, die übrigens gar kein Ziel sein kann. Die Exekutive soll um bestmögliche Lösungen ringen und streiten, dann entscheiden und geschlossen ihre Entscheide durchsetzen, Punkt. So lautet der Auftrag von Volk (Verfassung) und Parlament.

Und falls ehemalige Bundesräte wirklich von Erfahrung und Altersweisheit im Landesinteresse Gebrauch machen möchten, dann sollte man ihnen unverzüglich Gelegenheit dazu geben. Indem man zum Beispiel einen kleinen «Bundesbeirat» zur ebenso diskreten wie unverbindlichen Begleitung der Nachfolger in schwierigen Situationen bildet. Glaubwürdiger als das Gemotze aus dem Hinterhalt wäre das allemal. Denn sonst trifft vielleicht doch das verballhornte Sprichwort zu: «Wem Gott ein Amt nimmt, dem raubt er den letzten Rest von Verstand ...»

P.A.

IM KUHSTALL – Baselbieter Metallbauer trafen sich zur Generalversammlung in ländlich-bäuerlichem Ambiente.

Verstärkte regionale Zusammenarbeit

In diesem Jahr versammelten sich die Mitglieder der Metall-Union Baselland in Maisprach zu ihrer ordentlichen Generalversammlung – und zwar im «Kuhstall» auf dem Hof Langacher. Das bäuerlich-ländliche Ambiente sorgte für eine entsprechend gute Stimmung, welche die zügige Behandlung der statutarischen Geschäfte sichtlich beflügelte.

Bald Metall-Union Nordwestschweiz?

Die Statutenrevision, eine intensive Kontaktpflege mit dem schweizerischen Dachverband SMU und die Anbahnung einer engeren Zusammenarbeit mit dem Basler Nachbarverband bildeten laut Präsident **Georges Fünfschilling** die Schwerpunkte des Verbandsjahres 2009.

In einer gemeinsamen Sitzung der Vorstände von Baselland und Basel-Stadt standen – neben allgemeinen regionalen Problemen – vor allem die Berufswerbung und die Berufsbildung im Vordergrund. Dank der guten und engen nachbarschaftlichen



Präsident Georges Fünfschilling.



Vollbesetzter «Kuhstall» auf dem Hof Langacher in Maisprach.

Beziehungen sowie der vielen gemeinsamen Berührungspunkte wird ein Zusammenschluss beider Kantonalverbände für die Zukunft nicht ausgeschlossen.

Eine Entwicklung, die im Übrigen auch den Bestrebungen der SMU entgegenkommen würde. SMU-Direktor **Gregor Saladin** wies in seinem Grusswort darauf hin, dass die regionalen Strukturen gegenwärtig ohnehin überprüft werden. Das Ziel sei klar: Der SMU wolle die Verbandsarbeit optimieren. Statt der heutigen 23 kantonalen Sektionen, strebe man 8 regionale Fachverbände an.

Neue Statuten mit Signalwirkung

Die bisherigen Verbandsstatuten haben eine dreissigjährige Ge-

schichte hinter sich. Eine Revision drängte sich nicht nur aufgrund des Alters auf, sondern der SMU-Beitritt machte auch einige Anpassungen nötig.

Die vom Vorstand vorgelegten neuen Statuten samt der angepassten Reglemente wurden von der Generalversammlung einstimmig abgesegnet. Künftig firmiert der Verband unter dem Namen «Metall-Union Baselland Nordwestschweiz». Mit der Ergänzung des bisherigen Verbandsnamens erfolgt zweifellos ein starkes Signal in Richtung einer engeren regionalen Zusammenarbeit.

Massiver Anstieg der Manntage

Markus Meier, ZPK-Vizepräsident, berichtete über die Entwicklung im Bereich der entsandten ausländischen

Arbeitsnehmer. Die nach wie vor unverständliche Sistierung der Kautionsregelung durch das Baselbieter Kantonsgericht habe die Durchsetzung der flankierenden Bestimmung erheblich erschwert. Zur Ahndung von massiven Verstössen in den Bereichen Mindestlohn, Arbeitszeit oder Arbeitssicherheit bestünden nun keine wirksamen Mittel mehr. Die Zentrale Paritätische Kontrollstelle ZPK habe beim Bundesgericht rekuriert. Man dürfe auf den Entscheid aus Lausanne gespannt sein.

Meier präsentierte ausserdem einige statistische Zahlen zum Thema Entsendungen: Gegenüber dem Vorjahr hätten die per 2009 eingereichten Entsendemeldungen ein Auftragsvolumen von beinahe 66'000 Manntagen ausgelöst, was einer Steigerung um rund 90 Prozent gegenüber 2008 entspräche. Im letzten Jahr seien tagtäglich über 250 entsendete Arbeitnehmende auf Baselbieter Baustellen tätig gewesen.

MWB.



SMU-Direktor Gregor Saladin.